



Kreisverband Heidekreis

Soltau, den 28. Februar 2019

## Haushaltsrede Stadtrat Soltau für 2019

Beginnen wir unsere Haushaltsrede positiv. Die Stadt Soltau hat im Haushaltsplan 2019 ein Ergebnis von + 190.000,-- Euro avisiert. Alles gut, aber im Haushaltsplan 2018 hatten wir für dieses Jahr noch eine Prognose von 521.000,-- Euro. Ein Gewinneinbruch von eben mal rund 65%!

Geschuldet ist dies vor allem dem rd. 1. Mio Euro höheren Aufwand bei den Sach- und Dienstleistungen für Liegenschaften, Gebäude, der Bewirtschaftung von Schulen und Kitas, dem Tiefbau und dem Bereich Grünflächen gegenüber dem letztjährigen Haushaltsplan. Hier lassen wir die Aussage des Bürgermeisters stehen, diese Ausgaben seien dringend notwendig. Erstaunlich für uns nur, dass man diese Kostenexplosion nicht schon im letzten Jahr vorhersehen konnte.

Mit steigenden Ergebnissen in den Jahren 2020 bis 2022 zu rechnen, halten wir für legitim, da ab 2020 die Gewerbesteuerumlage an das Land wegfällt. Bis einschließlich 2019 werden hiermit die Kosten der Wiedervereinigung finanziert. Hier haben die Altparteien ihr Versprechen, anders als bisher beim Solidaritätszuschlag, eingehalten. Hierbei ist aber unbedingt zu berücksichtigen, dass öffentliche Mittel zukünftig durch die sog. Schuldenbremse voraussichtlich nicht mehr so fließen werden und momentan auch die Konjunkturdaten abwärts zeigen. Das wirtschaftliche Umfeld verdunkelt sich, was auch unbedingt bei den Gewerbesteuerereinnahmen zu berücksichtigen ist.

Der jetzt von der SPD-Landesfraktion in dem Bereich Straßenausbaubeiträge geplante Gesetzesentwurf ist für uns nicht zielführend. Hier soll die Verbindlichkeit in bis zu 20 Jahren mit einem Zinssatz von z.Z. 6 % p.a. zurückgezahlt werden. Nur zur Vollständigkeit halber- bei einem allgemein höheren Zinsniveau selbstverständlich dann noch mehr (Frage hier: weshalb kein Festzinssatz). Der Zinssatz ist völlig überzogen,

zum Vergleich: Die Stadt Soltau bezahlte z.B. für einen im September 2018 auslaufenden variablen Kassenkredit über 3 Mio Euro einen Zinssatz von minus 0,20 %. Damit ist dieser Vorschlag für die Bürger eine besonders teure Lösung.

Wir als AfD wollen hier andere Wege gehen und dies mit unserem Antrag Bürgerbefragung und der Resolution an das Land unterstützen.

Wir fordern: Einen schlanken Staat für freie Bürger. Der Staat ist für die Bürger da – und nicht umgekehrt. Die Steuer- und Abgabenlast muss abgebaut werden. Es gilt mehr denn je der Grundsatz Freiheit statt Sozialismus.

Investitionen von rund 7 Mio Euro sollen es 2019 in Soltau werden. Hiervon muss mehr als die Hälfte, rund 4,35 Mio Euro, über Kredite finanziert werden. Die Differenz erhält man aus Fördermitteln und Beiträgen Dritter. Die langfristige Verschuldung unter Berücksichtigung von Haushaltsresten aus 2018 und erfolgter Tilgung steigt somit um weitere 5,4 Mio Euro auf 19,5 Mio Euro, in der Vorscheurechnung bis 2020 sogar auf rund 26 Mio Euro. Lt. Bürgermeister ist

dies nicht beunruhigend, das sogenannte „Werte“ dahinter stehen. Wir sehen dies aber ein bisschen anders, denn stark steigende Verschuldung verbaut den späteren Gestaltungsspielraum (Stichwort hier: ISEK).

Soltau ist auch die Kommune mit dem höchsten Schuldenstand im Heidekreis.

Jetzt aber auch ein Lob an den Bürgermeister: Mit seinem Amtsantritt wurden die äußerst negativen Liquiditätskredite wesentlich abgebaut, man nähert sich allmählich dem vollständigen Ausgleich. Auch positiv ist, dass im Stellenplan nur eine marginale Stellenerhöhung erfolgt. Besser wäre natürlich ein Abbau, gerade in Zeiten abflauender Konjunktur und einer Abschwächung oder sogar einer Rezession aufgrund internationalen Entwicklungen, z. B. Brexit, mangelnde Haushaltskonsolidierung in der EU, sprich Italien, Handelsstreit USA/China. Personalaufwendungen gehören zum konsumtiven Aufwand, die bei Zuwächsen nur schwerlich oder ggfs. mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen zurückzunehmen sind. Ob alle Investitionen wichtig und richtig sind, möchte ich

hier nur anhand des Kita- und Schulbereiches beurteilen. Diese Investitionen sind jetzt notwendig, da sie insbesondere durch die von den Altparteien massiv befeuerte Zuwanderungspolitik entstanden sind. Maßnahmen wie Digitalpakt Bund und Medienkonzept Landkreis sind hier zu befürworten. Soltau bietet insgesamt fast 700 Kitaplätze an. Es haben per 31.12.2018 nur 30 Kinder keinen Platz bekommen. Hier nur der Vergleich zu Walsrode, die Abweisung betrug dort fast das 3-fache. Vielleicht kann man bei geänderter Zuwanderungspolitik zukünftig auf Abweisungen ganz verzichten. Mit jetzt höheren Zuschüssen des Landkreises werden die Kitabelastungen für die Stadt Soltau zwar kleiner, aber im Gegenzug für den Landkreis größer. Ein sog. „Verschiebebahnhof“ also. Zur Beschreibung dieses Zustandes nur kurz einige Daten des Landkreises:

- Ergebnishaushalt 2019 minus 7 Mio Euro
- Mittelfristige Ergebnisplanung durchgängig unausgeglichen
- Für die Jahre 2019 bis 2022 sind hohe Fehlbeträge eingeplant

- Bisher keine Liquiditätskredite aufgenommen. Wir befürchten, dass sich dies aber in 2019 ändern könnte.

Wir sagen ihnen dies nur, um ihnen klar zu machen, dass ein solcher Verschiebepbahnhof nie eine wirkliche nachhaltige Lösung darstellt.

Hierfür sprechen auch die nie enden wollenden Programme des Landkreises im Sozialbereich, wie den Familien-u. Kinderservice mit Kosten von 450.000 Euro und zuletzt neu im Jugendhilfeausschuss das von uns abgelehnte Pilotprojekt „Frühe Hilfen vor Ort“. Dieses unterstützt insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund. Im Gegensatz zum Landkreishaushalt, der fast schon italienische Verhältnisse annimmt und daher von uns abgelehnt wurde, weist der Haushalt der Stadt Soltau eine positive Tendenz auf. Wir werden deshalb dem Haushalt zustimmen.

Erwähnen möchten wir noch: wie im letzten Jahr halten wir die hohen Ausgaben für das Spielzeugmuseum für nicht sinnvoll. Dem Ärztemangel in Soltau sollten Politik und

Verwaltung mit einem entsprechenden Fahrplan  
Nachdruck verleihen.

Zum Schluss möchte sich die AfD Fraktion noch  
beim Bürgermeister und der Verwaltung für die  
jederzeit angenehme und hilfreiche  
Zusammenarbeit bedanken.

Bernhard Schielke

AfD Stadtratsfraktion